

## ÜBERSICHT

## AUSSENPOLITIK

## BRD

**(1) Wissenschaftler-Austausch mit der VR China?**

Eines der wichtigsten Ergebnisse während des offiziellen China-Besuches des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Klaus von Dohnanyi, wird möglicherweise der Austausch von Naturwissenschaftlern und Medizinern zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland sein. Von Dohnanyi, der am 22.10.73 als erster Bundesminister seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in Peking eingetroffen war, wurde u.a. auch vom chinesischen Stellv. Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing empfangen und hatte ausgedehnte Gespräche mit dem führenden Erziehungsfachmann der VR China, dem Leiter der Wissenschafts- und Bildungsabteilung beim Staatsrat, Liu Hsi-yao. Während dieser Gespräche zeigte man auch von chinesischer Seite grundsätzlich Interesse an einem Austausch. Allerdings bleiben konkrete Abmachungen weiteren Verhandlungen überlassen.

**(2) Empfang zum chinesischen Nationalfeiertag in Bonn**

Wang Yü-t'ien, der chinesische Botschafter in der Bundesrepublik, gab am 1. Oktober einen Empfang, um den 24. Jahrestag der Gründung der VRCh zu begehen. Unter den mehr als 1000 Gästen befanden sich Hans-Dietrich Genscher, Bundesinnenminister, Dr. Hans Friderichs, Bundeswirtschaftsminister, Kai-Uwe von Hassel und Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, Vizepräsidenten des Bundestages; Dr. Gerhard Schröder, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages; Karl Moersch, Parlamentarischer Sekretär im AA; Generalleutnant G. Rall, Generalinspekteur der Luftwaffe der Bundeswehr; Generalleutnant Schulz, Stellv. Generalinspekteur des Heeres, und Admiral v. Schroeter, Stellv. Generalinspekteur der Marine, Peter Krämer, Bürgermeister von Bonn, und viele andere Vertreter von Bundestag, politischen Parteien, verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen und der Bundeswehr. Auch zahlreiche diplomatische Vertreter anderer Länder in Westdeutschland waren anwesend. Auch "mehr als hundert patriotische Überseechinesen, die in verschiedenen Teilen Westdeutschlands ansässig sind", waren der Einladung gefolgt (NCNA, 2.10.73). Der Empfang fand in der Stadthalle in Bonn - Bad Godesberg statt, deren Stirnwand mit Fahnen beider Länder dekoriert war.

Präsident Heinemann übersandte an den Amtierenden Präsidenten der VR China, Tung Pi-wu, ein Glückwunschtelegramm mit folgendem Wortlaut: "Aus Anlaß des Nationalfeiertages der VR China möchte ich Ihnen, Herr Präsident, meine Grüße entbieten. Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit und weitere Erfolge bei der Entwicklung Ihres Landes. Ich wünsche dem chinesischen Volk eine glückliche Zukunft. Mögen die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die erst kürzlich hergestellt worden sind, sich aber bereits als

fruchtbar erwiesen haben, sich weiter vertiefen, um so Glück für unsere beiden Völker zu schaffen und den Völkern unserer beiden Länder, den Interessen des Friedens und der Zusammenarbeit auf der Welt nutzbringend zu sein" (NCNA, 2.10.73).

Auch der chinesische Botschafter in der DDR gab einen Empfang am 2. Oktober in Berlin, bei dem allerdings nur die "2. Garnitur" der DDR anwesend war, u.a. der Stellv. Außenminister, der Stellv. Außenhandelsminister und der Vorsitzende der DDR-Liga für Völkerfreundschaft (NCNA, 3.10.73).

## DDR

**(3) Honecker kritisiert Pekings Haltung zur deutschen Frage**

In einem Artikel der Moskauer Prawda zum 24. Jahrestag des Bestehens der VRCh verglich der 1. Sekretär der SED, Honecker, die Haltung Pekings zur Deutschlandfrage mit der Attitüde der "reaktionären imperialistischen Kreise" der Bundesrepublik. Zu einer Zeit, da die reaktionären Kreise der BRD die Realität der Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten bestritten, verwende auch die chinesische Führung revanchistische Parolen, die die Einheit der deutschen Nation, die "Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland" und die "Wiedervereinigung des deutschen Volkes" proklamierten. Die Pekinger Führung wolle in Kollaboration mit den Entspannungsfeinden die "deutsche Frage offenhalten", um sie als Zündstoff für neue Konflikte in Europa zu nutzen (Jahrestag: 3.10.73).

**(4) Antichinesische Allianz zwischen Mongolei und DDR**

Schon zum dritten Male im Jahre 1973 kam eine wichtige DDR-Delegation in die Mongolische Volksrepublik: Im Mai besuchte General Hoffmann an der Spitze einer Militärdelegation das vorgeschobene Glacis gegenüber China. Im Juli folgte eine Abordnung von Wissenschaftlern nach Ulan-Bator. Im Oktober schließlich waren Parteichef Honecker und der neue Ministerratsvorsitzende, Sindermann, bei Cedenbal zu Gast. Die Erklärungen, vor allem der Militär- und der politischen Delegation, zeigen, daß Ostberlin sich aktiv zugunsten der antichinesischen Sowjetunion in der Mongolei engagieren will. U. a. sprachen Honecker und der mongolische Partei- und Regierungschef Cedenbal im Gemeinsamen Kommuniqué sich noch einmal für ein kollektives Sicherheitssystem in Asien aus und bezeichneten die Gesamteuropäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit noch in diesem Jahr als Aufgabe von erstrangiger Bedeutung (zur antichinesischen Grundsatzklärung des Neuen Deutschland vgl. C.a. 1973/8 - Ü4).

## WESTEUROPA

**(5) Kontakte China - EG**

China hat einen als informell bezeichneten diplomatischen Kontakt mit der Europäischen Kommission aufgenommen, der zu einer Anerkennung der Gemeinschaft durch die Regierung in Peking führen könnte. Dieser Kontakt vollzog sich in Form mehrerer diskreter Besuche.

Als jedoch anläßlich des Nationalfeiertages von Journalisten entsprechende Fragen in der chinesischen Botschaft in Brüssel gestellt wurden, verweigerte man dort die Antwort (Le Monde,

3.10.73).

Einer der Gründe für die Zurückhaltung Chinas in dieser Frage dürfte darin bestehen, daß Irland, einer der 9 EG-Staaten, immer noch keine diplomatischen Beziehungen mit Peking unterhält.

Trotzdem versucht Peking möglicherweise, noch vor der Sowjetunion mit der EG offizielle Beziehungen aufzunehmen.

#### (6) Schweden: Oberbefehlshaber der Armee in der VR China

Der schwedische General Carl-Eric Almgren, Oberbefehlshaber der schwedischen Armee, beendete am 22.10.73 seinen Besuch in der VR China. Almgren war der bisher ranghöchste westliche Militär, der die VR China besucht hat. Die Reise soll nach Meinung der schwedischen Presse mehr als eine rein "militärische" Bedeutung haben. Sie wird als Bestandteil der gesamten schwedischen China-Politik verstanden, die in den letzten Jahren besonders aktiviert wurde.

### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

#### (7) Moskau: Chinas Nahostpolitik, "ein Versuch, die Araber vor dem Aggressor zu entwaffnen"

Moskaus Reaktion auf Chinas "Hegemonen"-Polemik in der Nahost-Frage ist von besonderer Schärfe getragen. So berichtet TASS am 17.10.73: "Der Kampf der arabischen Völker ..... ist ein Teil der allgemeinen nationalen Befreiungsbewegung..... Die UdSSR hat diesen Kampf immer aktiv unterstützt". Peking hingegen begnüge sich mit "Worten des Mitgeföhls ..... an die arabischen Länder". Objektiv jedoch "trage es zu den Eroberungsbestrebungen der israelischen Aggressoren bei". Insbesondere werde diese Tatsache durch das Verhalten Chinas im Weltsicherheitsrat der UN deutlich. Hier - so TASS vom 24.10.73 - erkenne man auch die wahren Motive der maoistischen Politik. "Peking unternahm den Versuch, den Konflikt dazu zu benutzen, die internationale Situation insgesamt zu verschärfen und gleichzeitig .... die sowjetischen Anstrengungen in Mißkredit zu bringen, die sowjetisch-arabische Freundschaft zu unterminieren und einen Keil in die sowjetisch-arabischen Beziehungen zu treiben". Gleichzeitig wolle China sich als der wahre Freund der arabischen Völker darstellen, während es "sich in Wirklichkeit nur auf das Abfeuern von Böllern" beschränke.

#### (8) Moskau: Pekings Chile-Politik beweist, "was die revolutionäre Loyalität der chinesischen Führer wert ist"

In einem Bericht vom 24.10.73 zitierte TASS Meldungen der französischen Nachrichtenagentur France Presse, nach denen der chinesische Botschafter in Chile, Hsü Chung-fu, mit offiziellen Vertretern der Militär-Junta ausführliche Gespräche führte. Das Verhalten des chinesischen Botschafters lasse auf eine neue Politik schließen, die von einer De-facto-Anerkennung der chilenischen Militärherrschaft getragen sei. Eine gewisse Erhärtung findet die sowjetische Propaganda, wenn sie im Zusammenhang mit der "Ausweisung" des Allende-treuen Botschafters, Armando Uribe, aus China gesehen wird. Nach dem Entzug des Agréments durch das chinesische Außen-

ministerium verkündete Uribe auf dem Pekinger Flughafen, daß er das Land nicht freiwillig verlasse. Besondere Bedeutung erfuhr diese Aussage durch die Tatsache, daß zwar u.a. Vertreter Nordvietnams, der kambodschanischen Exilregierung, der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, Dänemarks und der Ostblockstaaten zur Verabschiedung anwesend waren, jedoch kein offizieller Repräsentant der Volksrepublik China.

#### (9) Moskau erkennt die Sihanouk-Regierung an

Die Sowjetunion, die seit 1970 zwar die Befreiungsfront von Kambodscha als revolutionäre Bewegung, nicht aber die Exilregierung Sihanouks als offizielle Regierungsrepräsentanz Kambodschas anerkannt hatte, hat nun endlich ihre Konsequenzen aus der verfahrenen Situation gezogen und die von Norodom Sihanouk geführte Königliche Regierung der Nationalen Union Kambodschas als einzige legitime Regierung dieses Landes anerkannt sowie gleichzeitig ihre Beziehungen zu Phnom Penh abgebrochen. Dieser Schritt wurde vom Sowjetbotschafter Tolstikow am 10.10.73 in Peking bekanntgegeben. Nach dem Sturze Sihanouks im März 1970 hatte Moskau keinerlei Bereitschaft gezeigt, den Prinzen zu unterstützen (ausführlich dazu C.a.73/4, S. 146 f.). Sihanouk hat der sowjetischen Führung dieses Verhalten nie verzeihen können: Noch auf der Gipfelkonferenz der Blockfreien Länder in Algier, Anfang September, richtete er schwere Angriffe gegen Breschnew und verfeindete sich gleichzeitig mit Castro, der die sowjetische Politik verteidigte.

Hat Moskau mit der Anerkennung der Sihanouk-Regierung zu erkennen gegeben, daß es wenigstens in dieser Teilfrage eine Annäherung an Peking sucht? Dies ist eine Frage, die sich nicht leicht beantworten läßt. Immerhin sollte man bedenken, daß Moskau schon seit langem versucht hat, seine unhaltbaren Verbindungen mit der Regierung Lon Nol ohne allzu großen Gesichtsverlust zu lösen. Ein günstiger Augenblick für diesen Schritt schien just in dem Moment gegeben zu sein, als Sihanouk sich vor allem in Algier deutlich darüber äußerte, daß er von Peking und Hanoi nicht mehr genügend unterstützt werde.

#### (10) Jen-min jih-pao zur sowjetischen "Kanonenbootpolitik"

Am 28.9.73 veröffentlicht JMJP einen Artikel, in dem es u.a. heißt, daß das Streben der sowjetischen Revisionisten nach der Hegemonie über die Meere eine wichtige Komponente in der Verfolgung ihrer sozio-imperialistischen Politik sei. Moskau gehe nach dem Grundsatz vor: "Wer die Meere beherrscht, wird die Welt beherrschen". Auch der Oberbefehlshaber der sowjetischen Marinestreitkräfte, F. G. Gorschkow, habe offen erklärt, daß die "Staatsinteressen außerhalb der nationalen Grenzen" nur mit mächtigen Marinestreitkräften verteidigt werden können, und daß es ohne eine mächtige Marine unmöglich sei, eine starke Position unter den Weltmächten einzunehmen. Es sei allgemein bekannt, daß der sowjetische Revisionismus das Erbe der Kanonenbootpolitik des Imperialismus alten Stils angetreten habe. Das Mittelmeer und der Indische Ozean seien besonderes Ziel der sowjetischen Bestrebungen: Diese beiden Meere verbänden die drei Kontinente Europa, Asien und Afrika. Diese Gebiete besäßen auch reiche Ölvorkommen und andere strategische Ressourcen. Man träume in Moskau wieder jene Träume, die die alten Zaren nicht hätten verwirklichen können.

**(11) Radio-Diplomatie**

Sowohl die chinesische als auch die sowjetische Radiopropaganda haben sich in den letzten Jahren weiter verstärkt. Pekings ins Ausland gerichteten Rundfunksendungen werden heute in 39 Sprachen ausgestrahlt, wobei das Gesamtprogramm jeden Tag 191 Stunden ergibt. Die Sowjetunion arbeitet demgegenüber sogar in 82 Sprachen (341 Stunden täglich).

Zusammengerechnet machen die Propagandasendungen der kommunistischen Staaten - einschließlich Rußland und China - 1972 nicht weniger als 5.251 Stunden pro Woche aus. Westliche Propagandasendungen betragen demgegenüber nur 3.980 Stunden in der Woche.

Chinesisch-sprachige Sendungen aus der Sowjetunion haben sich in den letzten beiden Jahren beinahe verdoppelt, was auf die verschärften ideologischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking zurückzuführen sein dürfte.

Umgekehrt machen chinesische Programme, die an Hörer in der Sowjetunion und anderer Ostblockländer gerichtet sind, 34 von insgesamt 51 nach Europa gerichteten Stunden aus.

Nach Beobachtungen westlicher Empfangsstationen haben sich Sendungen aus sozialistischen Ländern, die Propaganda in andere Staaten hineinragen sollen, zwischen 1950 und 1972 mehr als verfünffacht (Vermehrungsrate der westlichen Länder: zweieinhalbfach!).

Die Hälfte aller Propaganda-Sendungen aus Peking richten sich an andere asiatische Staaten (zur Zeit 6,5 Stunden täglich in Japanisch, 3 Stunden in Hindi und 2 Stunden in Arabisch) (IHT, 20.10.73).

**LATEINAMERIKA****(12) Beileidstelegramm Chou En-lais zum Tode von Präsident Allende**

Am 14. September sandte Ministerpräsident Chou En-lai an die Witwe Allendes ein Telegramm folgenden Inhalts: "Aus der Ferne erfahre ich mit tiefem Schmerz und Empörung, daß Präsident Salvadore Allende auf seinem Posten gestorben ist. Ich möchte Ihnen mein tiefes Beileid und Mitgefühl aussprechen. Zu Lebzeiten hat der Große Präsident Allende positive Anstrengungen für den Kampf des chilenischen Volkes zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der staatlichen Souveränität gemacht, ebenso wie für die Förderung der Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem chilenischen Volk und der Sache der gegen den Imperialismus gerichteten Einheit der Länder der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika. Seine hohen Bestrebungen werden für immer im Herzen der Menschen weiterleben. Ich bin überzeugt, daß das chilenische Volk aus diesem traurigen Ereignis eine Lehre zieht und weiter vorwärtsschreiten wird" (PRu, 1973, Nr. 38, S. 3; Näheres zur chinesischen Haltung in der Chile-Frage vgl. "China: Ideologische Mitschuld der Sowjetunion am Untergang Allendes" in diesem Heft).

**AFRIKA****(13) VR China anerkennt Republik Guinea-Bissau**

Die VR China, Nordvietnam und die Sowjetunion haben die von afrikanischen Unabhängigkeitskämpfern in den von Guerilleros besetzten Gebieten Portugiesisch-Guineas ausgerufenen "Republik Guinea-Bissau" anerkannt. Die Republik war am 26.9.1973 in der senegalesischen Hauptstadt Daccar von der "Partei für die afrikanische Unabhängigkeit" (PAIGC) ausgerufen worden.

**NAHOST****(14) Türkei: China auf der Messe in Izmir**

China beteiligte sich erstmals an der vom 20. August bis 20. September 1973 in Izmir (Türkei) stattfindenden traditionellen Messe. Ein Hsinhua-Korrespondent meint dazu: "Die Türkei und China haben in der Geschichte ähnliche Erfahrungen gemacht und ähnliche Kämpfe gegen den Imperialismus und Feudalismus geführt. Heute sind beide Staaten Entwicklungsländer und stehen auf Wacht gegen die Gefahr ausländischer Aggression..... Freundschaftlicher Verkehr und wirtschaftlicher Austausch zwischen den beiden Ländern können bis in die Frühzeit zurückverfolgt werden. Die berühmte alte Seidenstraße begann in West-China, verlief durch Afghanistan und den Iran, ehe sie die Türkei und schließlich Rom erreichte.... Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und der Republik Türkei am 4. August 1971 steigerten sich die gegenseitigen Besuche, und der Handelsaustausch wächst. Im vergangenen Jahr kaufte China von der Türkei 50.000 t Baumwolle, und die Türkei kaufte in diesem Jahr von China 20.000 t Reis..... China nahm in diesem Jahr zum erstenmal an der internationalen Messe in Izmir teil. Auf einem Gelände von 1.500 qm wurden im chinesischen Pavillon etwa 2.000 Ausstellungsstücke der Landwirtschaft, der Leicht- und Schwerindustrie sowie des Handwerks gezeigt ....." (NCNA, 29.9./3.10.73).

**ASIEN****(15) Bevölkerungsexplosion in Asien**

Wie schnell werden sich die Völker nach ihrer heutigen Geburtenrate verdoppeln? China (derzeit etwa 750 Mio.): 41 Jahre; Taiwan (derzeit 14 Mio): 30 Jahre; die Philippinen (derzeit 40 Mio): 21 Jahre; Thailand (derzeit 38 Mio): 21 Jahre; Pakistan (derzeit 67 Mio): 21 Jahre; Indien (derzeit 584 Mio): 28 Jahre; Birma (29,1 Mio): 30 Jahre.

Zum Vergleich einige westliche Nationen: USA (209 Mio): 70 Jahre; Frankreich (52 Mio): 99 Jahre; England (57 Mio): 139 Jahre; Schweden (8,2 Mio): 174 Jahre; Bundesrepublik (60 Mio): 347 Jahre (ZEIT-Magazin, 19.10.73, S. 32).

**(16) Weiterhin frostiges Verhältnis zu Indien**

Während die Beziehungen Neu Delhis zu Moskau und zu Washington in den letzten Monaten eine erhebliche Fieberkurve durchgemacht haben, ist im Verhältnis zu Peking alles beim alten geblieben, obwohl der indische Ministerpräsident, Frau Gandhi, wiederholt Gesten des guten Willens in Richtung China gemacht hat.

### Die Beziehungen Indiens zu den USA

Seit dem Dezember-Krieg zwischen Indien und Pakistan, bei dem die USA eine für New Delhis Geschmack zu pro-pakistanische Haltung gezeigt hatten, hat sich das Verhältnis zwischen Washington und New Delhi langsam wieder verbessert. Die USA hatten sich sogar bereiterklärt, ihre gewaltigen Rupien-Guthaben als Resultat früherer Hilfssendungen in Höhe von über 3 Mrd. US \$ größtenteils für Entwicklungsprojekte in Indien flüssig zu machen und in harter Währung nicht mehr als 100 Mio. US \$ zurückzuverlangen. Kaum war diese Absicht jedoch bekannt geworden, als Frau Gandhi vor den Führungsgremien ihrer Partei öffentlich die Warnung aussprach, daß "die gleichen ausländischen Elemente, die beim Sturz des chilenischen Präsidenten Allende mitgewirkt hätten, auch in Indien konspirativ tätig werden könnten." Diese Bemerkung war auf Washington gemünzt und bewirkte, daß dem geplanten Umschuldungsprogramm die Zustimmung versagt wurde.

### Die Beziehungen Indiens zu Moskau

Seit dem Dezember-Krieg, bei dem sich der "Freundschaftsvertrag" zwischen der Sowjetunion und Indien positiv ausgewirkt hatte, hatte Indira Gandhi einen nicht immer sowjetfreundlichen Kurs eingeschlagen (Grund: Kampf der Regierungschefin gegen pro-sowjetische Kräfte in der regierenden Kongreßpartei; Verärgerung über die moskau-hörige KPI, die die indische Wirtschaftsmisere dauernd zum Anlaß für Massendemonstrationen gegen die Regierung nahm.)

Inzwischen versucht die Sowjetunion jedoch, die alten Freundschaftsgefühle zu erneuern. Im November soll der KPdSU-Generalsekretär Indien einen Besuch abstatten. Außerdem hat die Sowjetunion in der Zwischenzeit versprochen, Indien mit 2 Mio. t Getreide auszuweichen - eine Geste, die in Peking nicht gerade wohlwollend aufgenommen werden dürfte.

### Das Verhältnis Indiens zu Peking

Peking äußerte sich zufrieden über das Abkommen zwischen Indien und Pakistan vom 28. Aug. 73, in dem festgelegt wurde, daß die von den Indern seit mehr als 20 Monaten in Haft gehaltenen 90.000 pakistanischen Kriegsgefangenen bzw. Zivilisten repatriert werden sollten, ebenso wie die Bengalen in Pakistan und die Nichtbengalen in Bangla Desh (PRu 1973, Nr.37, S.22). Dieses positive Urteil ist aber wohl vor allem an die pakistanische Adresse gerichtet; denn China kann unmöglich daran interessiert sein, daß sich die gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern, die ja gerade eine chinesische Divide-et-Impera-Politik ermöglichen, von heute auf morgen in Wohlgefallen auflösen (Näheres zu dieser Problematik vgl. in "Das Abkommen von Simla", C.a. 1972/7, S.26 ff.).

Daß es verfrüht wäre, von einer Verbesserung des indisch-chinesischen Verhältnisses zu sprechen, beweist u.a. ein chinesischer Artikel zu den "speziellen Beziehungen", die Indien im Verhältnis zu Nepal anstrebt. Diese Lösung sei Teil der von Indien unter dem Vorwand der "Regionalen Sicherheit" auf Anstiftung einer Supermacht hin unternommenen Verschwörung zur Erweiterung seiner Einflußsphäre. Die "speziellen Beziehungen" hätten den Zweck, die grundlegende Außenpolitik Nepals zu untergraben und damit Beziehungen mit seinen Nachbarländern (!) zu unterlaufen (PRu 1973 Nr.37, S.22).

### (17) Japanisch-chinesisches Verkehrsabkommen weiterhin problematisch

Nach Meldungen der japanischen Nachrichtenagentur JJI-Press vom 19.10.73 erklärte der japanische Außenminister Masayoshi Ohira, daß der Luftverkehrsvertrag, "das wichtigste von allen Abkommen, über die z.Zt. zwischen beiden Ländern verhandelt werde", erst abgeschlossen sein müsse, ehe er seinen Besuch in China antreten wolle. Die Tatsache, daß der Außenminister sich auf keinen Termin festlegen ließ, deutet auf weiterhin bestehende Verhandlungsschwierigkeiten hin. Diese Schwierigkeiten, die bereits seit dem Frühjahr existieren, rühren von der Forderung Pekings her, Japan müsse zuvor seine Flugverbindung nach Taiwan einstellen. In der Zwischenzeit haben sich jedoch die pro-taiwanesischen Kräfte in der liberal-demokratischen Regierungspartei für eine Beibehaltung der Taiwan-Verbindung ausgesprochen. Unter diesen Umständen ist ein baldiger Abschluß des chinesisch-japanischen Zivilluftfahrtabkommens nicht wahrscheinlich.

### (18) China zur Situation in Laos

Am 21. Februar 1973 wurde zwischen der "Regierung in Vientiane" und den "patriotischen Kräften" (so die Bezeichnung der Vertragsparteien!) ein "Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Herbeiführung der nationalen Eintracht" unterzeichnet (Der Text ist wörtlich abgedruckt in C.a. 1973/3, S.96 f.).

Im Zusammenhang mit diesem Grundabkommen kam es am 14. September 1973 in Vientiane zur Unterzeichnung eines Ergänzungsprotokolls, in dem wichtige Maßnahmen für die Durchführung des Vientianer Grundabkommens festgelegt und die Bildung einer neuen provisorischen nationalen Koalitionsregierung sowie eines nationalen politischen Koalitionsrates vorgesehen werden.

Die Volksrepublik China, die eine jahrelange Politik stets auf Neutralisierung des südostasiatischen Königreiches sowie auf Bildung einer Koalitionsregierung ausgerichtet hatte (im einzelnen vgl. dazu C.a. 1973/3, S.69-74), erklärte in einem Artikel der JMJP vom 16.9.73 ihre Befriedigung über diese Entwicklung. Die Unterzeichnung des Protokolls bestätige noch einmal, daß die Angelegenheiten eines jeden Landes nur von dem Volk des betreffenden Landes selbst geregelt werden könnten. Ohne fremde Einmischung könne das Volk eines jeden Landes seine inneren Probleme voll und ganz lösen. Obwohl die Ultrarechten von Laos alle möglichen Obstruktionen versuchten, ja sogar einen militärischen Staatsstreich geplant hätten, um die Verhandlungen zu unterminieren, wurde nach monatelangen Besprechungen schließlich eine Vereinbarung über eine Reihe von früher ungelösten Fragen erreicht und ein Protokoll unterzeichnet. Es sei dies das Resultat des prinzipientreuen Kampfes aller patriotischen Kräfte von Laos und der Bemühungen einiger weitsichtiger Persönlichkeiten aus den Reihen der Vientianer Regierung. Die Regierung Chinas hätte immer schon die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität ihres Nachbarlandes Laos respektiert.

### (19) Appell der Laotischen Patriotischen Front in Peking Rundschau

Die PRu (1973, Nr.38, S.9 f.) hat es sich nicht nehmen lassen, den Appell des Zentralkomitees der Laotischen Patriotischen

Front, der im Anschluß an die Protokollunterzeichnung ergriffen, wörtlich nachzudrucken. In dem Appell werden alle friedliebenden und die Gerechtigkeit aufrechterhaltenden Regierungen und Völker der Welt aufgefordert, dem laotischen Volk weiter Unterstützung und Hilfe zu gewähren in seinem Kampf zur Wahrung des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit, zur Verwirklichung der nationalen Eintracht sowie beim Aufbau des Königreiches Laos nach dem Krieg.

### (20) Malaysia: Bald diplomatische Beziehungen zu Peking?

Nach einer Meldung der JIJ-Press (16.10.73) verhandelt Malaysia gegenwärtig mit China über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten. Dies teilte der stellvertretende malaysische Ministerpräsident auf einer Pressekonzferenz in Tokyo mit.

Damit bestätigt sich die schon seit langem bestehende Vermutung, daß von den 5 ASEAN-Ländern Malaysia der erste Staat sein werde, der die Herstellung diplomatischer Beziehungen betreibe. An zweiter Stelle dürften entweder Thailand oder die Philippinen folgen, während Singapore höchstwahrscheinlich an vorletzter und Indonesien an letzter Stelle "einlaufen" werden.

### (21) Thailand: Weitere Kontaktversuche mit der VR China und Nordvietnam

Nach Meldungen aus Bangkok ist die neue thailändische Regierung verstärkt darum bemüht, das Verhältnis Thailands zur VR China und zu Nordvietnam zu verbessern (New York Times, 29.10.73). Obgleich mit konkreten politischen Ergebnissen in nächster Zeit nicht gerechnet wird, erhofft sich Bangkok eine Erweiterung des bilateralen Handels mit der VR China und möglicherweise auch eine chinesische Fürsprache bei der Klärung der Beziehungen mit Hanoi. Informelle Gespräche über diesen Bereich sollen während des letzten Monats in New York am Sitz der UNO stattgefunden haben. Allerdings erscheinen insbesondere die Probleme zwischen Bangkok und Hanoi so lange noch kaum überwindbar, wie die Situation in Vietnam und Kambodscha nicht eindeutig geklärt ist. Bisher jedenfalls gibt es aus Thailand keinerlei Hinweise darauf, zu welchen Zugeständnissen - abgesehen von einer Verringerung der US-Präsenz - die Thai-Regierung in Zukunft bereit sein wird.

## AUSTRALIEN

### (22) Australiens Ostasien-Politik, Ende der ersten Phase?

Am 25. Oktober 1973 trat Australiens Labour-Führer, Premier- und Außenminister Gough Whitlam, in Begleitung führender Kabinettsmitglieder (Außenhandel, Mineralien, Landwirtschaft, Finanzen) seine politische Ostasien-Reise an. Die beiden Besuchsländer Japan und die Volksrepublik China spielen in der von Labour konzipierten außenpolitischen Neuorientierung Australiens eine entscheidende Rolle. Als symbolischer Ausdruck dieser Neuorientierung kann Whitlams Wunsch an China gewertet werden, statt der God-save-the-Queen-Hymne das Advance-Australia-Fair zur Begrüßung zu spielen (NZZ, 26.10.73). Von größerer Bedeutung noch als

die China-Reise scheinen die Kontakte mit Japan zu sein. Das zwiespältige Verhältnis zwischen beiden Ländern im politischen Bereich soll durch Verhandlungen des 1971 konstituierten japanisch-australischen Ministerausschusses und durch einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit entspannt werden. Japan, das mit annähernd 2 Mrd. Austr. Dollars Australiens größter Käufer ist und mit 31% des gesamten Exports die USA und Großbritannien zusammen übertrifft, leidet nach wie vor unter der "White-Australian"-Politik und der antijapanischen Haltung wichtiger australischer Gesellschaftskreise. Andererseits scheint die australische Labour-Regierung darum bemüht, zukünftige politische Erleichterungen durch stärkere wirtschaftliche Staatskontrollen auszugleichen. So sollen japanische Investitionen dem Plazet der staatlichen Australian Industry Development Corporation unterliegen und nicht wie bisher auf Privatebene erfolgen. Ferner sollen zwar die lebenswichtigen Rohstoffe und Agrarlieferungen nach Japan langfristig garantiert werden, andererseits jedoch die Preise auf Regierungsebene ausgehandelt werden. Ob Japan sich mit dieser neuen Art der "Freundschaft und Zusammenarbeit" besser anfreunden kann als mit der bisherigen außenpolitischen Distanz, bleibt abzuwarten. Weniger problematisch als der Besuch in Tokyo dürfte sich Peking erweisen; denn Whitlams Reise vom 31.10. bis 3.11.73 ging eine Klärung aller ausstehenden Probleme voraus. So war ein dreijähriger Liefervertrag für 4,7 Mio. t Weizen schon Mitte Oktober abgeschlossen worden, und im Mai hatte man bereits einen grundlegenden Handelsvertrag vereinbart.

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

### UNO

### (23) Kambodschas Exil-Regierung zurück in die UNO?

Die JMJP vom 21.10.73 - Titel des Artikels: "Die Lon-Nol-Clique muß aus der UNO vertrieben werden" - begrüßt den Mehrheitsbeschluß der Plenartagung der UN-Vollversammlung, wonach "die Frage der 'Wiederherstellung der legitimen Rechte der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas in der UNO' auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung gesetzt werden soll". Die Zeitung betont, daß die Lon-Nol-Regierung seit dem Staatsstreich vom März 1970 immer mehr an tatsächlichem Einfluß in Kambodscha verloren habe und ihre "prekäre Existenz" nur "aufgrund amerikanischer Unterstützung verlängern kann". China will sich deshalb für die Ausschließung der Lon-Nol-Regierung aus der UNO und allen ihr zugeordneten Organisationen einsetzen.

## INNENPOLITIK

### (24) Leitartikel zum 24. Jahrestag der VR China am 1. Oktober

In einem Leitartikel der JMJP, der HCh und der Chieh-fang chün-pao zum 24. Jahrestag wird diesmal ausschließlich über die Ergebnisse des 10. Parteitages gesprochen. Fast in jeder